



Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung  
Blumenstraße 28b, 80331 München

**Stadtplanung - Planungsgruppe  
Bezirk Mitte (Stadtbezirk 3, 4 und 9)  
PLAN-HAII-22P**

I. Über die BA-Geschäftsstelle Mitte an die  
Vorsitzende des Bezirksausschusses des  
Stadtbezirks 3 - Maxvorstadt  
Frau Dr. Svenja Jarchow-Pongratz

Blumenstraße 28b

80331 München

Telefon: [REDACTED]

Telefax: [REDACTED]

Dienstgebäude: [REDACTED]

Zimmer [REDACTED]

Sachbearbeitung: [REDACTED]

plan.ha2-22p@muenchen.de

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum  
10.12.2025

[ LHM-Schutzbedarf: 2 ]

**Für ein gemeinwohlorientiertes, nachhaltiges Stadtquartier am Strafjustizzentrum**  
BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 08401 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 03 – Maxvorstadt  
vom 11.11.2025

Sehr geehrte Frau Dr. Jarchow-Pongratz,

der o.g. Antrag des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 03 - Maxvorstadt wurde dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung zur federführenden Bearbeitung zugeleitet.

Sie fordern die Stadtverwaltung auf, sich bei der Entwicklung desjenigen Teils des Areals am Strafjustizzentrum, für den sie letztlich zuständig sein wird, gezielt Münchner Wohnungsbau- genossenschaften und deren Konzepte in die weitere Planung einzubeziehen. Dabei sollen insbesondere Ansätze berücksichtigt werden, die gemeinschaftliche Flächennutzung, soziale Mischung der Bewohnerschaft, gemeinsame Verantwortung für die Quartiers- entwicklung sowie nachhaltige Bau- und Wohnformen in den Mittelpunkt zu stellen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung (PLAN) setzt sich seit Beginn der Überlegungen zur Nachnutzung des Strafjustizzentrums aktiv für die Schaffung eines nachhaltigen, gemischten, inklusiven, durchgrünten urbanen Quartiers mit bezahlbarem Wohnraum ein und wird diese Ziele auch weiterhin verfolgen. Dazu gehört unter anderem auch, soweit möglich, Wohnungsbau- genossenschaften in zukünftige Planungen einzubeziehen.

Allerdings liegt der Landeshauptstadt München bislang keine offizielle Anfrage des Freistaats Bayern vor. Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 25.11.2025 an den Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr um Übermittlung der aktuellen Überlegungen des Freistaates zum ehemaligen Strafjustizzentrum gebeten. Sobald diese vorliegen, werden sie von den städtischen Referaten geprüft werden und die Stadt kann in Verhandlungen mit dem Freistaat eintreten.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]